



Klaus D. Loetzer ist Leiter des Regionalprogramms Politischer Dialog Westafrika der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Cotonou, Benin.



Anja Casper, Referentin für Evaluierung der Europäischen und Internationalen Zusammenarbeit, war von 2008 bis 2010 für die Konrad-Adenauer-Stiftung in Benin tätig.

## NACH DEN PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN IN DER CÔTE D'IVOIRE

**KANN DIE POLITISCHE KRISE NOCH MIT DIPLOMATISCHEN MITTELN GELÖST WERDEN?**

*Klaus D. Loetzer / Anja Casper*

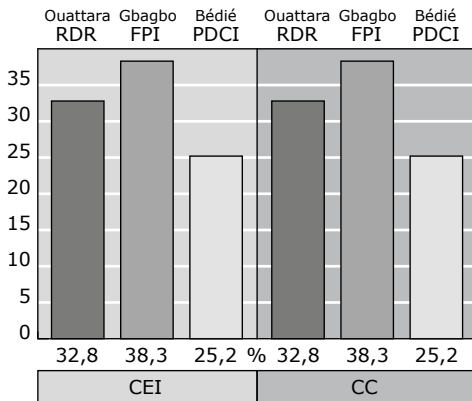
Auf das Wunder folgte die Realität: Als mit fünfjähriger Verspätung am 31. Oktober 2010 die erste Runde der Präsidentschaftswahlen in der Côte d'Ivoire friedlich und ohne technische Probleme abgehalten wurde, glaubten viele, dass sich das Schicksal des Landes auf wundersame Weise endlich zum Guten gewendet hätte. Doch schnell folgte Ernüchterung. Nach der Stichwahl am 28. November haben sich beide Kandidaten als Präsidenten vereidigen lassen und ihre Regierung sowie die dazugehörigen Premierminister ernannt.

Laurent Gbagbo, 65 Jahre alt, ist Sozialist, Führer der FPI und seit seiner umstrittenen Wahl im Jahr 2000 im Präsidentenamt. Er ging als Kandidat des Parteienbündnisses LMP in die Stichwahl. Als amtierender Staatspräsident hat er Zugriff auf die Institutionen und Organe des Landes wie Finanzverwaltung und Staatsfernsehen. Vor allem weiß er auch die ivoirischen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte wie Militär und Polizei hinter sich. Er regiert vom Präsidentenpalast aus, ist aber international isoliert. Der westafrikanische Wirtschaftsverbund CEDEAO hat die Côte d'Ivoire suspendiert, die westafrikanische Zentralbank BCEAO mit Sitz in Dakar/Senegal hat Gbagbo die Verfügungsgewalt über die Finanzen der ivoirischen Zentralbank entzogen.

Abk.: CEI – Commission Électorale Indépendante (Unabhängige Wahlkommission), CC – Conseil Constitutionnel (Verfassungsrat), RHDP – Rassemblement des Houphouëtistes pour la Démocratie et la Paix, LMP – La Majorité Présidentielle, FPI – Front Populaire Ivoirien, RDR – Rassemblement des Républicains, PDCI – Parti Démocratique de Côte d'Ivoire

Ex-Premierminister Ouattara<sup>1</sup>, 67 Jahre alt, international anerkannter Ökonom und Vorsitzender des RDR, ging als Kandidat des Parteienbündnisses RHDP<sup>2</sup> in der zweiten Runde ins Rennen, ein Wahl-Zweckbündnis mehrerer Parteien, die sich als Erben des Staatsgründers und Lebenszeitpräsidenten Félix Houphouët-Boigny verstehen.<sup>3</sup> Zum Parteienbündnis gehört auch die PDCI des in der ersten Runde Drittplazierten früheren Staatspräsidenten Bédié,<sup>4</sup> der für die Stichwahl einen Großteil seiner Anhänger für Ouattara mobilisieren konnte und damit den Wahlsieg Ouattaras ermöglichte. Allerdings reichte der Schulterschluss der im RHDP vertretenen Parteien nicht aus, um sich bereits in der ersten Runde auf einen gemeinsamen Kandidaten zu einigen. Ouattara wird von der gesamten internationalen Staatengemeinschaft als Wahlsieger anerkannt, einschließlich des UN-Sicherheitsrates. Zusätzlich hat er noch die Unterstützung der westafrikanischen Zentralbank BCEAO, dessen Chef er einmal war, und damit bis zu einem gewissen Grad Zugriff auf die Staatsfinanzen des Landes. Er regiert vom Hôtel du Golf aus, das von UN-Blauhelmen<sup>5</sup> gesichert wird.

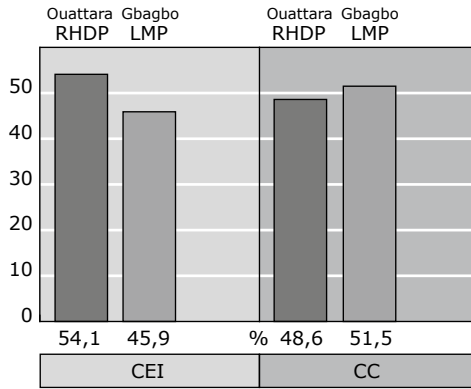
Abb. 1

**Präsidentenwahlen, 1. Runde am 31.10.2010**

Quelle: CEI (vom CC bestätigt), [http://ceici.org/elections/docs/EPR\\_31102010\\_RESUL\\_PROVI\\_CEI\\_03112010\\_A4.pdf](http://ceici.org/elections/docs/EPR_31102010_RESUL_PROVI_CEI_03112010_A4.pdf) [14.12.2010].

- 1 | Premierminister 1990-1993 unter Félix Houphouët-Boigny.
- 2 | Zusammenschluss der Houphouëtisten für Demokratie und Frieden.
- 3 | Amtszeit 1960 bis 1993 (Tod).
- 4 | Amtszeit 1993 bis 1999 (Putsch).
- 5 | UN-Friedensmission ONUCI (Opération des Nations Unies en Côte d'Ivoire).

Abb. 2

**Präsidentenwahlen, Stichwahl am 28.11.2010**

Quelle: CC, <http://news.abidjan.net/h/382101.html> [14.12.2010].

Mit zwei proklamierten Präsidenten befindet sich die Côte d'Ivoire nach den Stichwahlen politisch weit hinter das Niveau zurückgeworfen, das man nach Beendigung des Bürgerkrieges 2007 erreicht zu haben glaubte. Vor allem hatte der sich anschließende Prozess, u.a. die Vorbereitung der Wahlen mit der Einigung auf eine Wählerliste und der einvernehmlichen Lösung der damit verbundenen heiklen Staatsbürgerfrage, große Hoffnungen geweckt, jedoch offensichtlich mehr bei der internationalen Gemeinschaft als bei den Ivorern selbst. Sonst hätten sie sich nicht schon vor dem ersten Wahlgang, verstärkt aber vor der Stichwahl, mit Lebensmittel- und Benzinvorräten eingedeckt. Das Vertrauen in einen friedlichen Wahlausgang war ganz offensichtlich nicht vorhanden. Andererseits konnte sich aber auch kaum jemand vorstellen, dass es so schlimm kommen würde. Der Direktor des GIGA-Instituts für Afrika-Studien, Politikanalyst und Kenner der westafrikanischen Region, Andreas Mehler, schreibt dazu: „In den letzten dreieinhalb Jahren hatte ein Arrangement zum Zweck der Machtteilung zwischen Gbagbo und Ex-Rebellenführer Guillaume Soro relative Ruhe, jedoch nicht die erhoffte große Lösung gebracht. Diese Machtteilung war eindeutig für eine Übergangsperiode angelegt.“<sup>6</sup> Allerdings, so Mehler weiter, hatte wohl kaum jemand die Frage gestellt: „Übergang fein, aber wohin?“

6 | Andreas Mehler, „Côte d'Ivoire: kein Ausweg durch Machtteilung“, *GIGA Focus Afrika*, Nr. 10/2010, 1, in: <http://giga-hamburg.de/giga-focus/afrika> [16.12.2010].

## ESKALATION DER GEWALT MIT BÜRGERKRIEGS-ÄHNLICHEN ZUSTÄNDEN

Angesichts des machtpolitischen Patts ist gegenwärtig die Lage in der Côte d'Ivoire äußerst angespannt. Bisher wurden trotz nächtlicher Ausgangssperre alleine nach offiziellen Angaben über 60 Menschen getötet, mehrere hundert Menschen wurden verletzt.<sup>7</sup> Jeden Tag kommen neue Meldungen über Gräueltaten hinzu, nicht nur vom Ouattara-Lager, sondern von seriösen Quellen wie der UN-Menschenrechtskommissarin Navi Pillay. Sie macht für die nächtlichen Tötungen und Verschleppungen liberianische und angolische Söldnertruppen verantwortlich, die logistisch durch Gbagbos Elitetruppe Garde Républicaine unterstützt werden. Gbagbo wiederum hat öffentlich und unmissverständlich den Abzug der ONUCI-Blauhelme sowie der französischen Unterstützungstruppe gefordert, da sie parteiisch seien. Seine Ordnungskräfte haben den provisorischen Amtssitz von Alassane Ouattara, das von ONUCI geschützte Hôtel du Golf, blockiert. UN-Patrouillen werden beschossen. Gbagbo-nahe bewaffnete Studenten, die Jeunes Patriotes, bedrohen nachts ONUCI-Mitarbeiter in ihren Wohnungen. Bald könnte die Lage der UN-Blauhelme selbst prekär werden. Daran wird eine Aufstockung um 500 Mann, wie am 20. Dezember 2010 vom UN-Sicherheitsrat beschlossen, nicht viel ändern.

**Bald könnte die Lage der UN-Blauhelme selbst prekär werden. Daran wird eine Aufstockung um 500 Mann nicht viel ändern.**

Die internationale Gemeinschaft unter Führung der UN – die EU, die USA, afrikanische Organisationen wie die Afrikanische Union (AU), der westafrikanische Wirtschaftsverbund CEDEAO und die westafrikanische Zentralbank BCEAO – stehen einmütig gegen Gbagbo und unterstützten Ouattara als rechtmäßig gewählten Präsident der Côte d'Ivoire.

Vermittlungsversuche der AU durch den südafrikanischen Ex-Staatspräsidenten Thabo Mbeki und zuletzt den AU-Kommissionspräsidenten Jean Ping sind gescheitert. Die EU und die Vereinigten Staaten haben Sanktionen in Form von Reiseverboten für Gbagbo und seine engere Umgebung ausgesprochen. Es scheint aber, dass jede Maßnahme Gbagbo und sein Lager in dem Willen bestätigt, nicht zu weichen.

Die Gefahr einer Radikalisierung, auf die Mehler in seinem Beitrag hinweist, hat sich somit bereits zwei Wochen nach der Wahl eingestellt, nämlich dass „sich die bei den Wahlen unterlegene Seite nun erst recht radikalisiert“.<sup>8</sup> Paradox daran ist, dass sich die Majorité Présidentielle (LMP) nicht als Wahlverlierer sieht, obwohl sie es auf den ersten Blick ist. Auf den zweiten Blick wird es aber komplizierter. Bei einer Bevölkerungszahl von ca. 21 Millionen mit nur ca. 5,78 Millionen Wahlberechtigten – fast die Hälfte der Bevölkerung der Côte d’Ivoire ist minderjährig – relativiert sich die durch einen Urnengang ermittelte Wahlmehrheit sehr schnell. Abgesehen von anderen Faktoren scheint das Gbagbo-Lager besonders auf diesen Umstand abzuheben. Da liegt die große Gefahr: Gbagbo und seine Unterstützer wissen selbst, dass sie das Wahlergebnis durch Manipulation herbeigeführt haben. Sie halten diese Manipulation aber für moralisch gerechtfertigt, ja geradezu geboten, da sie sich der eigentlichen Mehrheit sicher sind. Und das obwohl viele Menschen, die von der Wahl aufgrund ihrer ungeklärten Herkunft ausgeschlossen worden waren, eher als Sympathisanten von Ouattara gelten. Mit dieser Gewissheit, und natürlich der Armee im Rücken, ist das Gbagbo-Lager bereit, sich gegen die ganze Welt zu stellen.

**Das Gbagbo-Lager weiß selbst, dass es das Wahlergebnis durch Manipulation herbeigeführt hat, hält diese Manipulation aber für moralisch gerechtfertigt, ja geradezu geboten.**

### **PARALLELEN ZU SIMBABWES DIKTATOR MUGABE?**

Hinzu kommen weitere Faktoren. Einer ist die fixe Idee der wirklichen Befreiung von der Ex-Kolonialmacht Frankreich. In dieser Frage weiß sich Gbagbo mit einem anderen Diktator, der eine Wahl verloren hat und gegen den Willen der internationalen Gemeinschaft an der Macht geblieben ist, einig: Robert Mugabe aus Simbabwe, ebenfalls Sozialist. Der arbeitet mit der gleichen Rhetorik und hat damit sein Land wirtschaftlich zugrunde gerichtet. Dieser Prozess hält in Simbabwe nun seit über zehn Jahren an und ist noch nicht zu Ende, obwohl das Volk im wahrsten Sinne des Wortes wirtschaftlich am Ende ist, was unter anderem durch den Rückfall auf *Barter Trade*-Praktiken (Tauschhandel) auf dem Lande belegt wird. Es gibt weitere Parallelen: Was für Mugabe Ex-Oppositionsführer Morgan

Tsvangirai (Wahlgewinner von 2008) ist, das ist Alassane Ouattara (Wahlgewinner von 2010) für Gbagbo. In beiden Fällen werden die politischen Gegner als Agenten des Westens gesehen, die fremde Interessen vertreten und nicht die wahren Anliegen des eigenen Volkes. Eine weitere Parallele würden Mugabe und Gbagbo nie anführen, sie ist aber offensichtlich. Es geht um handfeste Interessen: In beiden Fällen haben die Führer und ihre Begünstigten durch Korruption große Reichtümer angehäuft und Menschenrechtsverletzungen begangen. Nun müssen sie beim Verlust ihrer Macht mit einer Anklage vor dem Internationalen Gerichtshof rechnen.

Man könnte geneigt sein, aus den Entwicklungen in Simbabwe eine Parallele abzuleiten, wie lange die jetzige Situation in der Côte d'Ivoire fortbestehen könnte. In Simbabwe kann man den Beginn der eigentlichen Krise auf etwa die Jahrtausendwende 1999/2000 datieren, also auf eine Zeitspanne von mehr als einem Jahrzehnt, wobei die Krise noch andauert. Allerdings ist ein Rückschluss, dass die jetzige Krise in der Côte d'Ivoire auch so lange anhalten könnte, unzulässig. In Simbabwe bestand eine vollkommen andere historische Ausgangslage, die durch den Befreiungskrieg mit der Erlangung der Unabhängigkeit im Jahr 1980 charakterisiert ist. In Simbabwe haben die sog. Securocrats, die Generäle der Ordnungs- und Sicherheitskräfte wie Armee, Polizei und Geheimdienste, die Lage fest im Griff, und Mugabe kann sich auf sie stützen. Natürlich sind sie in sich auch zerrissen, aber sie würden niemals zu Tsvangirai überlaufen. Davon hält sie ihr Selbstverständnis als Revolutionäre und Ex-Kämpfer des bewaffneten Befreiungskampfes ab. Auch in der Côte d'Ivoire sind die Ordnungs- und Sicherheitskräfte, allen voran die Elitetruppe Garde Républicaine, auch als Gard Présidentielle bekannt, der Garant der Machterhaltung Gbagbos. Aber hier endet der Vergleich schon. Denn mit Ausnahme vielleicht der Garde Républicaine ist diese Treue nicht zwangsläufig auf ewig ausgerichtet und daher nicht vergleichbar mit der Situation in Simbabwe vor einem anderen historischen Hintergrund.

**In der Côte d'Ivoire sind die Ordnungs- und Sicherheitskräfte, allen voran die Elitetruppe Garde Républicaine, Garant der Machterhaltung Gbagbos.**

Bis 2002 kamen Mitglieder der ivoirischen Armee vorwiegend aus dem Norden. Gbagbo hat das gezielt geändert und die entscheidenden Kommandostrukturen und höheren Offiziersränge mit seinen Leuten besetzt. Das Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika (PDWA) der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Cotonou hatte Mitte November 2010 ein Regionalkolloquium mit Generalstabs-offizieren aus der Region organisiert, an dem auch zwei Vertreter aus der Côte d'Ivoire teilgenommen haben. Die Teilnehmer sind untereinander weiter in Kontakt mit ihren Kollegen aus Benin. Nach ihrer Einschätzung ist es durchaus möglich, dass es über kurz oder lang zu einem Putsch gegen Gbagbo kommen könnte. Dieser wäre höchstwahrscheinlich blutig, was unter anderem Gbagbo das Leben kosten könne. Vor diesem Hintergrund stellt sich nun die Frage: Wie konnte es zu dieser Situation kommen?

### **GBAGBO USURPIERT MIT HILFE DES VERFASSUNGS-RATES DIE MACHT**

Der bis zur Wahl amtierende Präsident Laurent Gbagbo ist eng mit dem politischen Schicksal der Côte d'Ivoire verbunden. Unter dem Staatsgründer und ersten Präsidenten der Côte d'Ivoire, Félix Houphouët-Boigny, musste der sozialistische Studentenführer seine Kritik am Einparteienregime mit längeren Gefängnisaufenthalten bezahlen. Gbagbo, stolz auf seine bäuerliche Herkunft, nahm 1999 das erste Mal an den Präsidentschaftswahlen teil, erhielt aber damals weniger als 20 Prozent der Stimmen. Nach seiner umstrittenen Wahl im Jahr 2000, bei der angeblich nur rund 37 Prozent der Bevölkerung ihre Stimme abgegeben hatten,<sup>9</sup> war Gbagbo nie gewillt, die Macht wieder abzugeben. Sein Wille zur Macht wird von seiner ambitionierten Ehefrau Simone gestärkt, die auch in der sozialistischen Studentenbewegung aktiv war und der nachgesagt wird, dass sie nicht nur die treibende Kraft hinter ihrem Mann ist, sondern auch in Kriegsverbrechen während des ivoirischen Bürgerkriegs

**Gbagbo, stolz auf seine bäuerliche Herkunft, nahm 1999 das erste Mal an den Präsidentschaftswahlen teil. Damals erhielt er aber weniger als 20 Prozent.**

9 | Die Umstände sind umstritten. Es gab gewaltsame Ausschreitungen, nachdem sich zunächst General Robert Gueï, dann Laurent Gbagbo als Sieger präsentierten, bevor alle Stimmen ausgezählt waren. Es ist daher nicht auszuschließen, dass die Stimmenauszählung gestoppt wurde, obwohl eine höhere Wahlbeteiligung vorlag.

verwickelt war. Auch wird sie beschuldigt, in den Mord an einem Journalisten verwickelt zu sein, der über Korruption in der Côte d'Ivoire recherchierte.<sup>10</sup>

Gbagbo hatte die Wahlen seit Auslaufen seines ersten Mandats 2005 nicht nur acht Mal verschoben, sondern nun wenige Wochen vor dem Urnengang explizit erklärt, er werde

**Gbagbo hatte kurz vor den Wahlen explizit erklärt, er werde die Macht niemals an die Erben Houphouët-Boignys abgeben.**

die Macht niemals an die Erben Houphouët-Boignys abgeben. Um nichts dem Zufall oder dem demokratischen Willen des Volkes zu überlassen, hatte Gbagbo bereits im August 2009 die Ernennung seines Parteifreundes Paul Yao N'Dré zum Präsidenten des ivorischen Verfassungsrates CC veranlasst. Der Verfassungsrat ist nach den Bestimmungen der Wahlgesetzgebung die letzte Instanz, die über Wahleinsprüche zu befinden und damit das amtliche Endergebnis zu verkünden bzw. zu bestätigen hat.

Durch die Ernennung von Paul Yao N'Dré zum Präsidenten des Verfassungsrates war es Präsident Gbagbo gelungen, den für den Wahlablauf strategischsten Posten mit einem Parteifreund zu besetzen. Damals war dieser Vorgang von allen Oppositionsparteien kritisiert und als starke Beeinträchtigung der Neutralität des Wahlprozesses empfunden worden. Allerdings war der Vorgang verfassungsrechtlich korrekt, da der bisherige Amtsinhaber das Ende seines Mandats erreicht hatte. Immer wieder wurde für die Ernennung von Paul Yao N'Dre das Argument angeführt, es müsse ein politisches Gegengewicht zur Unabhängigen Wahlkommission CEI geschaffen werden, da in dieser Kommission die Opposition die Oberhand habe und deren Vorsitzender, Youssouf Bakayoko, PDCI-Mitglied ist. Der Zusammensetzung der Wahlkommission hatte Gbagbo jedoch zugestimmt.<sup>11</sup> Im Frühjahr 2010 hatte er die Wahlkommission CEI aufgelöst. Erst seitdem ist Bakayoko deren Vorsitzender, und Gbagbo hätte die Kommission erneut auflösen können, wenn ihm Bakayoko zu parteiisch gewesen wäre.

10 | Vgl. z.B.: france24.com, „Affaire Kieffer – Simone Gbagbo entendue par des juges français à Abidjan“, <http://f24.my/f2kVtl> [14.12.2010].

11 | So geschehen im Abkommen von Pretoria, das integraler Bestandteil des Abkommens von Ouagadougou 2007 wurde. Vgl. *Radio France Internationale* (RFI), „L'accord de Pretoria du 6 avril 2005“, [http://rfi.fr/actu/fr/articles/064/article\\_35315.asp](http://rfi.fr/actu/fr/articles/064/article_35315.asp) [10.01.2011].



Nachdem Bakayoko den Sieg Ouattaras mit gut 54 Prozent in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag nach den Wahlen verkündet hatte, legte das Gbagbo-Lager Einspruch ein. Damit lag die letzte Entscheidung bei Gbagbos Parteifreund N'Dré.

Die gegenwärtige Situation in der Côte d'Ivoire zeigt in aller Klarheit das folgenschwere Defizit vieler afrikanischer Verfassungsdemokratien. Verfassungsorgane wie CEI und Verfassungsrat werden über ihren Vorsitzenden definiert und öffentlich wahrgenommen, nicht aber in ihrer Bedeutung als unabhängige Organe eines Rechtsstaates. Diese Schwäche ihrer Institutionen verwandelt viele afrikanische Staaten in reine Fassadendemokratien. Auch wird deutlich, dass es ein Fehler war, die entscheidenden Gremien wie CC und CEI nach parteipolitischen Gesichtspunkten zu besetzen. Die Forderung, CC und CEI mit unabhängigen Experten zu besetzen und somit nicht nur den Wahlprozess zu entpolitisieren, war jedoch von allen Parteien im Vorfeld der Wahlen abgelehnt worden.

### **WAHLBESCHWERDEN: ARITHMETIK VOR INHALTLICHER PRÜFUNG**

Das Gbagbo-Lager hatte schon vor Verkündung des Wahlergebnisses die Rechtmäßigkeit der Wahlen in vier nördlichen Regionen angezweifelt,<sup>12</sup> die unter Kontrolle der Forces Nouvelles stehen, und dann Donnerstagsmorgen eine offizielle Wahlbeschwerde beim Verfassungsrat eingereicht. Daraufhin kassierte Yao N'Dré bereits am Donnerstag um 15 Uhr das Ergebnis der Wahlkommission, annullierte alle Stimmen in sieben nördlichen

**Es wurden in so vielen nördlichen Provinzen die Stimmen annulliert, bis Gbagbo auf eine Mehrheit von über 50 Prozent kam. Auch die Stimmen der in Frankreich lebenden Ivorer wurden für ungültig erklärt.**

Provinzen und erklärte Gbagbo zum Wahlsieger. Das kam insofern überraschend, als keine inhaltliche Überprüfung erfolgt war, was in dieser kurzen Zeit auch gar nicht möglich gewesen wäre. Es wurde also einzig und allein die Arithmetik bemüht, und in so vielen nördlichen Provinzen wurden die Stimmen annulliert, bis Gbagbo rein rechnerisch auf eine Mehrheit von über 50 Prozent kam. Das entspricht ca. 600.000 Wahlstimmen, etwa 13 Prozent der

12 | (1) Vallée du Bandama (Bouaké), (2) Savanes (Korhogo), (3) Worodougou (Séguéla) und (4) Denguelé (Odienné).

abgegebenen Stimmen. Wären nur die Stimmen in den zunächst beanstandeten vier Provinzen annulliert worden, hätte Ouattara die Mehrheit behalten. Das hat der eigentliche Held des ivorischen Wahldramas, der unerschrockene Sonderbeauftragte des Generalsekretärs der Vereinten Nationen in der Côte d'Ivoire und Leiter der UN-Friedensmission ONUCI, der Südkoreaner Youn-jin Choi, noch einmal öffentlich vorgerechnet.<sup>13</sup> Auch die Stimmen der in Frankreich lebenden Ivorer wurden kurzerhand für ungültig erklärt.

Ein weiteres Argument des Verfassungsrates gegen die Rechtmäßigkeit des von der CEI verkündeten Ergebnisses war, die Wahlkommission habe das Ergebnis nicht in der vom Wahlgesetz vorgesehenen Frist verkündet. Gerade dieser Bruch war aber durch das Gbagbo-Lager herbeigeführt worden. Da in der Unabhängigen Wahlkommission alle Parteien vertreten sind, konnten die Parteifreunde Gbagbos die Verkündung des Wahlergebnisses verzögern.

Normalerweise ist es üblich, dass bei strittigen Wahlergebnissen die CEI im Konsens entscheidet. Das hat nicht zuletzt dafür gesorgt, dass die Bekanntmachung der Wahlergebnisse durch die Wahlkommission CEI an Dramaturgie kaum zu überbieten war. Laut Wahlgesetz müssen die Wahlergebnisse spätestens drei Tage nach Schließung der Wahllokale veröffentlicht werden. Der späteste Termin war demzufolge Mittwochnacht, 24 Uhr. Der erste Versuch scheiterte Dienstagabend im Sitz der Wahlkommission vor laufenden Kameras nationaler (RTI) und internationaler TV-Stationen (RFI, BBC, CNN, Radio24). Als der Sprecher der CEI die ersten Teil-Wahlergebnisse verkünden wollte, intervenierten Mitglieder der Wahlkommission, die dem Gbagbo-Lager angehörten, und hinderten ihn mit Gewalt daran, die Ergebnisse zu verlesen. Vor laufenden Kameras entrissen sie ihm die Liste mit den Ergebnissen. Die anwesenden Sicherheitskräfte, Mitglieder der Garde Républicaine, griffen nicht ein. Im Gegenteil, das Gebäude wurde von Beobachtern, Journalisten und Fernsehkameras geräumt. Dieses Ereignis markierte das

**Die Bekanntgabe der Wahlergebnisse scheiterte vor laufenden Kameras. Der Sprecher wurde von Mitgliedern der Wahlkommission aus dem Gbagbo-Lager mit Gewalt daran gehindert.**

13 | Vgl. „YJ Choi (ONUCI): „Pourquoi j'ai certifié les résultats du scrutin“, in: *Abidjan.net* (Le Patriote), <http://news.abidjan.net/h/382148.html?n=382148> [11.12.2010].

Ende der Unabhängigen Wahlkommission, die sich in den letzten Monaten stets erfolgreich gegen die Einflussnahme Gbagbos gewehrt hatte.

Tabelle 1

**Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen 2010**

	<b>1. Runde 31.10.2010<sup>14</sup></b>	<b>Stichwahl 28.11.2010<sup>15</sup></b>
<b>Bevölkerung (2008)<sup>16</sup></b>	ca. 20 Mio.	
<b>Regionen</b>	19 <sup>17</sup>	
<b>Anzahl Wahlbüros</b>	19.854	20.073
<b>Wahlberechtigte</b>	5.784.490	5.780.490

	<b>Stimmen absolut</b>		<b>in Prozent</b>	
	<b>1. Runde</b>	<b>Stichwahl</b>	<b>1. Runde</b>	<b>Stichwahl</b>
<b>Abgegebene Stimmen</b>	4.843.445	4.689.366	83,73	81,12
<b>Ungültige Stimmen</b>	225.624	99.147	4,66	2,11

Quellen: Wahlergebnisse der CEI<sup>14, 15</sup>

Die Unabhängige Wahlkommission konnte nur so lange „unabhängig“ bleiben, wie sie dem Präsidenten Gbagbo genehme Ergebnisse lieferte, wie in der ersten Runde geschehen. Denn seit spätestens Montagabend kannte das Gbagbo-Lager das Wahlergebnis und wusste, dass ihr Kandidat verloren hatte. Sie versuchten nun mit allen Mitteln, die Veröffentlichung zu verhindern. Allerdings machte der Zwischenfall bei der Bekanntgabe der Ergebnisse deutlich, dass die CEI sich nicht vollständig unter die Kontrolle von Gbagbo hatte bringen lassen. Dass es den Gbagbo-Anhängern erst in letzter Minute und vor laufenden Kameras gelang, den Sprecher der CEI an der Verkündung der Ergebnisse zu hindern, schmälerte entsprechend auch nicht die Glaubwürdigkeit der von der CEI errechneten Resultate, auf die sich heute die internationale Gemeinschaft samt UN und AU berufen.

14 | Vgl. Übersicht detaillierter Wahlergebnisse, Commission Electorale Independante, [http://ceici.org/elections/docs/EPR\\_31102010\\_RESUL\\_PROVI\\_CEI\\_03112010\\_A4.pdf](http://ceici.org/elections/docs/EPR_31102010_RESUL_PROVI_CEI_03112010_A4.pdf) [14.12.2010].

15 | Vgl. detaillierte Einzelergebnisse, Commission Electorale Independante, [http://ceici.org/elections/docs/EPR2010\\_2T\\_RESULTATS\\_VALEURS\\_02122010.pdf](http://ceici.org/elections/docs/EPR2010_2T_RESULTATS_VALEURS_02122010.pdf) [14.12.2010].

16 | Vgl. zu weiteren Eckdaten: „Die Côte d’Ivoire in Stichpunkten“, <http://kas.de/wf/de/71.6530> [14.12.2010].

17 | Plus Metropole Abidjan und Diaspora (hauptsächl. Paris)

## **INTERNATIONALE WAHLBEOBACHTER ERKLÄREN STICHWAHLEN FÜR DEMOKRATISCH**

Unter Forcierung des UN-Vertreters machte die internationale Gemeinschaft Druck, die Wahlergebnisse zügig zu veröffentlichen. Damit sollte die prekäre Sicherheitslage verbessert und ein schneller Machttransfer an Ouattara ermöglicht werden. Neben den Vereinten Nationen hatten vor allem die 120-köpfige Wahlbeobachtermission der EU unter Leitung des rumänischen EU-Abgeordneten Christian Preda und die Wahlbeobachter der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft CEDEAO unter Leitung von Prof. Théodore Holo, Präsident des beninischen Obersten Gerichtshofs, die Wahlen in der Öffentlichkeit als transparent und fair bewertet. Holo sagte anlässlich einer Pressekonzferenz: „Einige wenige Unregelmäßigkeiten können die Rechtmäßigkeit der gesamten Wahlen nicht in Frage stellen.“<sup>18</sup> Vor allem angesichts des deutlichen Wahlsiegs Ouattaras, möchte man hinzufügen.

Einige Stunden nach der Veröffentlichungsfrist gab der CEI-Vorsitzende Bakayoko im Hôtel du Golf vor der internationalen Presse die Ergebnisse bekannt.

Das ivorische Staatsfernsehen RTI war nicht anwesend. ONUCI-Chef Youn-jin Choi hatte 150 Blauhelme abgeordnet, um Bakayoko sicher ins Hôtel du Golf zu geleiten. Mit seinen fortgesetzten Interventionen zog sich Choi allerdings den Zorn des amtierenden Präsidenten Gbagbo zu. Der drohte, ihn wegen Einmischung in die inneren Angelegenheiten zur *persona non grata* zu erklären. Die Einmischung des Sonderbeauftragten des UN-Generalsekretärs, und damit die Rolle der Vereinten Nationen im Konflikt, hat seitdem immer wieder für Diskussionen gesorgt. War es rechtmäßig, dass Choi sich so deutlich für den Sieg Ouattaras aussprach? Chois besondere Rolle basiert auf dem Abkommen von Pretoria aus dem Jahre 2005.<sup>19</sup> Laurent Gbagbo als Unterzeichner hat darin der Sonderrolle externer Institutionen zugestimmt und damit auch Souveränität der Côte d'Ivoire abgegeben. Das aber

**Die Einmischung des Sonderbeauftragten des UN-Generalsekretärs, und damit die Rolle der Vereinten Nationen im Konflikt, hat für Diskussionen gesorgt.**

18 | „Présidentielle/Observation de la mission de la CEDEAO – Pr Holo Théodore (Chef de mission) ‚Deux ou trois incidents ne peuvent pas invalider ces élections‘“, in: *IVOIRTV.net*, <http://ivoirtv.net/index.php/news/54-politique/545> [10.01.2011].

19 | Vgl. Fn. 11.

war gerade eine *conditio sine qua non*, ohne die man niemals die Pattsituation hätte überwinden können. Nach Abschluss des Abkommens von Ouagadougou wurde im Juli 2007 vom UN-Sicherheitsrat eine Resolution verabschiedet, die in Artikel 6 als Ergebnis den Sonderbeauftragten des UN-Generalsekretärs ermächtigt, zu beurteilen, ob alle Stadien des Wahlverlaufes nach demokratischen Prinzipien verlaufen sind.<sup>20</sup> Er erhielt dieses Mandat aus guten Gründen, wie die Ereignisse im Nachhinein bestätigen. Es zieht sich wie ein roter Faden durch die Handlungen von Laurent Gbagbo, gegebene Zusagen nicht einzuhalten.

**Es zieht sich wie ein roter Faden durch die Handlungen von Laurent Gbagbo, gegebene Zusagen nicht einzuhalten.**

Trotz aller Drohungen ist Gbagbo gegen Youn-jin Choi bisher nicht tätig geworden. Wohl aber sprach er unmittelbar nach Verkündung der Ergebnisse ein Sende- und Produktionsverbot für ausländische TV- und Radiostationen in der Côte d'Ivoire aus. Seitdem wird die Bevölkerung in sozialistischer Manier einseitig mit Regierungspropaganda in TV- und Radiosendungen der staatlichen Rundfunkanstalt RTI irreführt, die Gbagbo bereits im Wahlkampf gute Dienste geleistet hatte. Eine unabhängige Information ist fast nur noch für Bewohner mit Internetzugang möglich.

## **BEVÖLKERUNG DES NORDENS VON WAHLENTSCHEIDUNG AUSGESCHLOSSEN**

Durch die Manöver des Gbagbo-Lagers wurden die Wähler des gesamten Nordens von der Wahlentscheidung gesperrt. Der eigentlich durch diese Wahlen angestrebte Einigungsprozess zur Überwindung der Süd-Nord-Trennung wurde damit weit zurückgeworfen. So empfinden es nicht zuletzt auch die Menschen im Norden: „Das Lager Gbagbos hat uns gezeigt, dass die Forces Nouvelles Recht hatten“, sagte ein Fahrer. „Ich habe nie wirklich verstanden, wofür sie damals gekämpft haben. Uns wurde gesagt, dass wir von außen angegriffen werden. Jetzt sehen wir, dass sie für die Würde des Nordens gekämpft haben.“<sup>21</sup>

20 | Vgl. United Nations Security Council, Resolution 1765 (2007), in: <http://undemocracy.com/S-RES-1765.pdf> [10.01.2011].

21 | „Le sentiment d'exclusion se renforce dans le Nord ivoirien“, *Abidjan.net* (Reuters), <http://news.abidjan.net/h/382913.html?n=382913> [11.12.2010].

Die Spannungen zwischen den Anhängern der verfeindeten Lager hatten vor der Stichwahl zugenommen, nachdem die erste Wahlrunde weitgehend friedlich verlaufen war. Sowohl im Norden als auch im Westen des Landes, vor allem aber in den bevölkerungsreichen südlich gelegenen Stadtteilen der Wirtschaftsmetropole Abidjan gab es bereits früh erste Tote und Verletzte. In der Woche danach nahmen dann die Spannungen weiter zu und führten zu erheblicher Gewalt. Am Donnerstag, nach der Deklaration Gbagbos zum Wahlsieger durch den Verfassungsrat, schien die Situation vollends zu eskalieren, woraufhin das Militär für vier Tage alle Land-, Luft- und Seegrenzen abriegelte. Die Lage wurde nicht zuletzt durch öffentliche Aussagen von Politikern beider Lager weiter angeheizt, wohingegen die beiden Führer ihre Anhänger zur Ruhe aufriefen und sie beschworen, auf Gewalt zu verzichten. Die sich verschlechternde Lage macht auch den Bewohnern der Nachbarländer wie z. B. Burkina Faso Angst. Sie erinnern sich noch sehr gut an die Bürgerkriegsjahre 2002 und 2003, als viele tausend ivoirische Flüchtlinge in die Grenzgebiete strömten. Gegenwärtig leben über drei Millionen Menschen mit burkinischem Immigrationshintergrund in der Côte d'Ivoire, die bei Unruhen in ihr Herkunftsland fliehen könnten. Nach Angaben des UN-Flüchtlingskommissars (UNHCR) sind inzwischen über 4500 Menschen nach Liberia und Guinea (Conakry) geflüchtet.

**Die Lage wurde nicht zuletzt durch öffentliche Aussagen von Politikern beider Lager weiter angeheizt. Die beiden Führer riefen jeweils zur Ruhe auf.**

Die Ereignisse in der Côte d'Ivoire sind ein weiterer Beleg dafür, dass in afrikanischen multiethnischen Staaten<sup>22</sup> mit schwerwiegenden politischen Konflikten (wie beispielsweise in Simbabwe) Wahlen mit der Philosophie „the winner takes all“ kurz- bis mittelfristig keine dauerhaften politischen Lösungen herbeiführen können. Im Gegenteil, sie vertiefen oft die Probleme und führen vor und während der Wahlen, teilweise auch nachher, zu vermehrter Gewalt. Einher geht damit auch die (zusätzliche) Beschneidung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit.“

22 | Im Sinne von Vielvölkerstaaten, was die Mehrzahl der afrikanischen Staaten charakterisiert.

## **WIRTSCHAFTLICHER VERFALL UND POLITISCHE INSTABILITÄT**

Die politischen Turbulenzen, die das Land seit Verkündung der „doppelten“ Wahlergebnisse vom 28. November durchlebt, sind mehr als das Resultat einer umstrittenen Präsidentschaftswahl. Die Wahlen sollten das Schicksal des Landes endlich zum Guten wenden. Seit 17 Jahren durchläuft es eine Phase der politischen Instabilität, die nun auf unbestimmte Zeit weiter zu bestehen scheint.

Dabei war die Côte d'Ivoire einst das Zugpferd der westafrikanischen Wirtschaft und eines der wohlhabendsten und stabilsten Länder Westafrikas. Seit der Unabhängigkeit 1960 prosperierte das Land, und zahlreiche ausländische Firmen, besonders aus Frankreich, sorgten für eine beginnende Industrialisierung. Die Côte d'Ivoire profitierte von den hohen Preisen seiner Exportgüter Kakao und Kaffee auf

**Als Mitte der achtziger Jahre die Preise der Rohstoffe auf dem Weltmarkt einbrachen, leitete dies das Ende des ivoirischen Wirtschaftswunders ein und löste eine schwere Wirtschaftskrise im Land aus.**

dem Weltmarkt, und schon bald wurden die Einwanderer der benachbarten Sahelländer, vor allem aus Burkina Faso und Guinea, von dem Reichtum angelockt und ließen sich in der Côte d'Ivoire nieder. Staatsgründer und Präsident Félix Houphouët-Boigny vertrat die Auffassung, dass jeder das Land besitzen solle, das er kultiviert. Als Mitte der achtziger Jahre jedoch die Preise der Rohstoffe auf dem Weltmarkt einbrachen, leitete dies das Ende des ivoirischen Wirtschaftswunders ein und löste eine schwere Wirtschaftskrise im Land aus. Trotzdem kamen auch weiterhin immer mehr Einwanderer ins Land, die schon bald für die wirtschaftlichen und sozialen Probleme verantwortlich gemacht wurden und sich durch die ivoirische Gesellschaft ausgegrenzt sahen. Damit einher ging eine Veränderung des Nationalbewusstseins: Zuvor war ein echter Ivorer derjenige gewesen, der sich am Aufbau des Landes beteiligte, nun wurde die Frage der Nationalität mit der Herkunft und Abstammung verbunden und wurde im Sinne der Staatsbürgerschaft zu einem politischen Konzept – obwohl damals wie heute rund ein Viertel der Bevölkerung ausländische Wurzeln hat.

Als Präsident Félix Houphouët-Boigny 88-jährig im Dezember 1993 nach 33-jähriger Amtszeit starb, entstand ein Machtvakuum. Boigny hatte das Land mit autoritärer Hand

geführt. Seine Einheitspartei, die PDCI, hatte die administrativen Strukturen des Landes fest im Griff. Zwar waren seit 1990 Oppositionsparteien zugelassen, diese spielten jedoch keine wirkliche Rolle. Nach dem Tod Boignys kam zu der wirtschaftlich prekären Situation auch eine politische Krise, ausgelöst durch die ungeklärte Präsidentennachfolge. Die daraus resultierende Implosion des Einparteiensystems wurde zudem durch die Auflösung der Sowjetunion und das Ende des Kalten Krieges begünstigt.

**Nach dem Tod Boignys 1993 kam zu der wirtschaftlich prekären Situation auch eine politische Krise, ausgelöst durch die ungeklärte Präsidentennachfolge.**

Laut Gesetz wird im Todesfall eines amtierenden Präsidenten der Präsident der Nationalversammlung für die Übergangszeit bis zu den nächsten Wahlen Chef der Regierung. Auf diese Art wurde Henri Konan Bédié Nachfolger des Staatsgründers und zweiter Präsident der Côte d'Ivoire. Viele hätten aber gerne den Ökonomen und Technokraten Ouattara an der Spitze des Staates gesehen. Ouattara war seit 1990 Premierminister der Côte d'Ivoire und genoss das uneingeschränkte Vertrauen Boignys. Dieser hatte das Land dreißig Jahre ohne Premierminister autoritär regiert, war sich aber der wirtschaftlich nunmehr prekären Situation im Land bewusst. Ouattara, der Ökonomie in den USA studiert hatte und lange Zeit beim IWF tätig gewesen war, sollte den angeschlagenen Haushalt des Landes konsolidieren. Er wurde deshalb von den Anhängern Boignys als der „verdiente und gewollte“ Nachfolger gesehen. Ouattara selber verneint bis heute, damals eine Absicht auf die Nachfolge Houphouët-Boignys gehabt zu haben.

### **DIE IVOIRITÉ: VON DER WAHLKAMPF-INSTRUMENTALISIERUNG ZUM STAATSTREICH**

Henri Konan Bédié, der verfassungsmäßige Nachfolger, war sich des Machtverlustes der PDCI und der enormen Popularität Ouattaras bewusst und versuchte, seinen Machterhalt zu sichern, indem er die Frage der Nationalität und Abstammung der Ivorer zum Wahlkampfthema machte – auf Bédié geht maßgeblich die Schaffung des rassistischen Konzepts der *Ivoirité* zurück. Zum ersten Mal taucht der Begriff offiziell in der Neufassung der Wahlgesetzgebung von 1994 auf. Bédié, Initiator der Neufassung, schrieb vor, dass alle Kandidaten für die im Jahr 1995 stattfindenden Präsidentschaftswahlen die *Ivoirité*-Klausel zu



erfüllen hatten. Sie besagt, dass nicht nur der Kandidat selber, sondern beide Elternteile Ivorer zu sein haben. Damit schloss Bédié den damaligen Premierminister und stärksten Rivalen Ouattara von den Wahlen aus, von dem gesagt wird, dass ein Elternteil aus Burkina Faso stammt. Ouattara selber hat dies immer bestritten, allerdings wurde sein Einspruch vom Verfassungsgericht nicht anerkannt. So wurde er von den Wahlen des Jahres 1995 ausgeschlossen. Laurent Gbagbo, der bereits 1982 im Untergrund die FPI, die erste Oppositionspartei zur PDCI, gegründet und einige Jahre im Exil in Frankreich verbracht hatte, kritisierte die Entscheidung Bédiés und entschloss sich, gemeinsam mit anderen Oppositionsparteien nicht an der Wahl teilzunehmen. So war die Wahl Bédiés 1995 nur eine Formsache.

**Die politische Szene in der Côte d'Ivoire wird seit vielen Jahren von den gleichen Personen dominiert: Bédié, Gbagbo und Ouattara.**

Die 1995 abgehaltenen Präsidentschaftswahlen machen deutlich, dass die politische Szene in der Côte d'Ivoire seit vielen Jahren von den gleichen Personen dominiert wird:

Zum einen Henri Konan Bédié, der zwar verfassungsrechtlich Präsident war, sich aber nie wirklich dem Willen des Volkes stellen musste. Dann Laurent Gbagbo, der seit mehr als 30 Jahren als personifizierte Fundamentalopposition zur einstigen Staatspartei PDCI agiert und sich vehement für ein Mehrparteiensystem eingesetzt hatte. Einst nahm er dafür den Wahlboykott in Kauf und beraubte sich selbst damit vielleicht einer realen Chance, schon 1995 zum Präsidenten gewählt worden zu sein. Aber nach zehn Jahren an der Macht hat auch er alle demokratischen Prinzipien über Bord geworfen. Und schließlich Ouattara, der Technokrat, der von vielen schon 1993 als legitimer Nachfolger Boignys angesehen wurde. Zwar ist er im Jahr 2010 legitimer Wahlsieger mit uneingeschränkter Unterstützung der Internationalen Gemeinschaft. Allerdings ist seine Verstrickung und seine Rolle in den politischen Unruhen Anfang des neuen Jahrtausends nicht geklärt. Seine Gegner werfen ihm vor, er habe sich das Konzept der *Ivoirité*, das ursprünglich gegen ihn gerichtet war, geschickt zu Nutzen gemacht, um die Bevölkerung des Nordens hinter sich zu bringen. Gbagbo hat diesen Vorwurf noch einmal gegenüber seinem Herausforderer während des

zweieinhalb Stunden dauernden Fernsehduells der beiden Kandidaten am 25. November 2010 wiederholt: „Du bist für alle Katastrophen der Côte d’Ivoire verantwortlich!“, hielt er Ouattara vor.<sup>23</sup>

Zweiter Aspekt der *Ivoirité* war es, dass es Bédié gelang, die ökonomische Krise im Land zu instrumentalisieren, indem er die Immigranten für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten verantwortlich machte. Bédié hatte jedoch die Tragweite des *Ivoirité*-Konzepts unterschätzt. Die Instrumentalisierung der Identitätsfrage führte nach den Wahlen von 1995 zu einer steigenden Diskriminierung großer Teile der Bevölkerung, deren Unmut sich immer wieder in Unruhen entlud. Die vorwiegend im Norden lebenden Immigranten wollten ihre Herabsetzung und den Entzug fehlender staatsbürgerlicher Rechte nicht länger hinnehmen – viele von ihnen durften z.B. nicht das Wahlrecht ausüben oder Land kaufen, obwohl sie im Land geboren waren.

**Präsident Bédié entglitt die politische Führung des Landes. Die politische Instabilität entlud sich im Dezember 1999 in einem Staatsstreich.**

Präsident Bédié entglitt die politische Führung des Landes mehr und mehr, und die politische Instabilität entlud sich im Dezember 1999 in einem Staatsstreich. Die historische Ironie wollte es, dass Bédié, der das Konzept der *Ivoirité* nutzte, um Präsident zu werden, durch die von ihm herbeigerufene Diskriminierung der vorwiegend im Norden lebenden Immigranten aus dem Amt gejagt wurde.

## **PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN 2000: GBAGBO AM ZIEL**

Etwa Ende 1999 bereitete sich das Land auf die für das Jahr 2000 vorgesehenen Präsidentschaftswahlen vor. Auch Ouattara wollte sich erneut als Kandidat präsentieren und kehrte im Sommer 1999 in die Côte d’Ivoire zurück. Er wurde zum Vorsitzenden des von Djeni Kobina gegründeten RDR gewählt und avancierte zur neuen Identifikationsfigur der Partei. Erneut beteuerte er, seine Eltern seien Ivorer, und reichte die entsprechenden Unterlagen für seine Kandidatur bei den zuständigen Behörden ein. Da von staatlicher Seite Zweifel an der Authentizität der Unterlagen bestanden, wurde ein Prozess wegen Urkundenfälschung gegen ihn eröffnet. Er wurde für schuldig

23 | „Présidentielle en Côte d’Ivoire: débat télévisé courtois entre les deux finalistes“, in: *Abidjan.net* (RFI), <http://news.abidjan.net/h/381174.html> [14.12.2010].

**Die Armee, deren Mitglieder vor 2002 vorwiegend aus dem Norden kamen und daher von der jahrelangen Diskriminierung oft direkt betroffen waren, putschte gegen Bédié.**

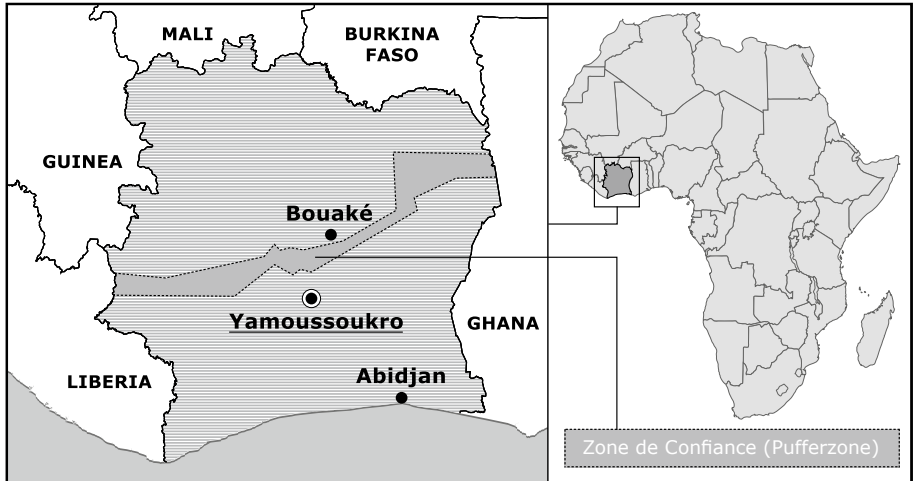
befunden, und während eines Aufenthaltes außer Landes wurde ein Haftbefehl gegen ihn erlassen. Dies führte zu steigenden Unruhen im Land. Wenige Wochen später eskalierte die Situation. Die Armee, deren Mitglieder vor 2002 vorwiegend aus dem Norden kamen und daher von der jahrelangen Diskriminierung oft direkt betroffen waren, putschte gegen Bédié. General Gueï, der aus dem Westen stammte und ein enger Vertrauter Boignys gewesen war, übernahm provisorisch die Führung des Landes. Bédié konnte aus dem Land fliehen und Ouattara, der sich der Unterstützung Gueïs sicher war, kehrte ins Land zurück. Vor den anstehenden Wahlen sah es nun so aus, als ob Gbagbo und die FPI, die sich jahrelang gegen das Konzept der *Ivoirité* und der Diskriminierung von Immigranten ausgesprochen hatten, nun Ouattara und der RDR direkt gegenüberstehen würden. Ouattaras jahrelange Abwesenheit hatte seiner Beliebtheit keinen Abbruch getan, das erkannten auch Gbagbo und Gueï, der ebenfalls bei den Wahlen antrat. Der General distanzierte sich zunehmend von Ouattara, dessen Rolle im Putsch vom Dezember 1999 bis heute umstritten ist. Als das Verfassungsgericht erneut die RDR und Ouattara der Falschaussage bezichtigte, geschah dies auch auf Bestreben Gueïs.

Als Interimspräsident Gueï in einem durch das Volk legitimierten Referendum die Wahlgesetzgebung änderte, sodass diese erneut vorschrieb, dass beide Eltern eines Präsidentschaftskandidaten Ivorer sein müssten, wiederholte sich die Geschichte. So wie 1995 wurde Ouattara von der Wahl ausgeschlossen. Diesmal protestierte Gbagbo nicht – zu beliebt war sein politischer Gegner im Volke. Sowohl Gueï als auch Gbagbo sahen in ihm den schärfsten Konkurrenten. Bédié wurde aus fadenscheinigen administrativen Gründen ebenfalls von der Wahl ausgeschlossen. Aus den Präsidentschaftswahlen 2000 ging Gbagbo als Wahlsieger hervor. Die Wahlen waren von gewalttätigen Ausschreitungen geprägt, nachdem sich erst Gueï, dann Gbagbo zum Wahlsieger proklamiert hatten. Besonders die Anhänger der RDR, deren Kandidat Ouattara von den Wahlen ausgeschlossen war, griffen zur Gewalt. Mehr als 300 Tote waren zu beklagen. Schließlich verkündete die CEI Gbagbo als amtlichen Wahlsieger mit fast 60 Prozent. Die Wahlbeteiligung, so die CEI, habe bei 37 Prozent gelegen.

Die Ergebnisse wurden von vielen Seiten angezweifelt, die Forderung der RDR, die Wahlen zu wiederholen, wurden aber nicht erfüllt.

Abb. 3

### Zweiteilung der Côte d'Ivoire



### DIALOG DER NATIONALEN VERSÖHNUNG ENDET IM BÜRGERKRIEG

Gueï, der das Ergebnis zunächst nicht anerkennen wollte, flüchtete später in den Norden des Landes. Gbagbo war sich der Fragilität seiner Position bewusst und begann mit Gueï, Bédié und Ouattara einen Dialog der Nationalen Versöhnung. 2002 bekam Ouattara seine ivoirische Staatsbürgerschaft vom Verfassungsgericht bescheinigt, wenige Wochen später eskalierten die seit zwei Jahren andauernden Unruhen. Am 19. September 2002 begann mit einem Putschversuch der Bürgerkrieg, bei dem Gueï getötet wurde und Ouattara aus dem Land floh. Erneut war die Rolle Ouattaras umstritten. Obwohl er Gbagbo beschuldigte, die Stimmung angeheizt zu haben, indem er viele aus dem Norden stammende RDR-Mitglieder verhaftet hatte, ist die Rebellion der vorwiegend aus dem Norden stammenden Militärs nur schwer zu erklären.

Zwar führte der Putschversuch von Teilen der Armee nicht zu der gewaltsamen Amtsenthebung Gbagbos. Wohl aber war er der Beginn des bis 2007 andauernden Bürger-

krieges, der zur Teilung des Landes in den von Rebellen kontrollierten Norden und den von der Regierung kontrollierten Süden führte.

Den Bürgerkrieg in der Côte d'Ivoire vereinfachend als einen Konflikt zwischen dem muslimischen Norden und dem christlich-animistischen Süden zu erklären, wäre jedoch falsch. Vielmehr erklärt sich die Spaltung der Religionen dadurch, dass die meisten Zuwanderer, denen unter dem Konzept der *Ivoirité* der Zugang zu staatsbürgerlichen Rechten verwehrt wurde, aus muslimischen Ländern der Sahelzone stammen. Bei dem Bürgerkrieg handelte es sich daher nicht um eine religiös motivierte Auseinandersetzung, sondern vor allem um eine ethnische.

Im März 2007 konnte der Bürgerkrieg, der zur Flucht von 1,7 Millionen Menschen geführt und das Land geteilt hatte, durch das Abkommen von Ouagadougou unter der Vermittlung des Präsidenten von Burkina

**Das Abkommen von Ouagadougou sah eine Regierung der Nationalen Einheit vor. Rebellenführer Soro wurde Premierminister.**

Faso, Blaise Compaoré, beendet werden.<sup>24</sup> Zahlreiche vorherige Versuche zur Schlichtung des Konfliktes waren gescheitert. Das Abkommen von Ouagadougou sah eine Regierung der Nationalen Einheit vor, die alle Kräfte des Landes einband. Guillaume Soro, der Rebellenführer aus dem Norden, wurde Premierminister. Er selber konnte bei den Wahlen 2010 nicht antreten, da er das erforderliche Mindestalter von 40 Jahren noch nicht erreicht hatte. Wenige Monate später, im Juni 2007, begann die Entwaffnung der Milizen. Die Pufferzone zwischen Norden und Süden des Landes wurde aufgelöst.

Seit dem Abkommen von Ouagadougou wurde mit den Vorbereitungen für die seit 2005 überfälligen Präsidentschaftswahlen begonnen. Der ursprünglich für zehn Monate geplante Zeitraum erwies sich schnell als zu kurz, denn zwei sensible Faktoren bestimmten die Vorbereitung der Wahlen: Zum einen musste sichergestellt werden, dass das Wählerverzeichnis korrekt ist, um einem erneuten Konflikt um die Nationalitätsfrage zu entgehen. Dies war daher eine *conditio sine qua non* für die Abhaltung

24 | Vgl. Hintergrundinformationen: Konrad-Adenauer-Stiftung, „Das Abkommen von Ouagadougou – Dem Frieden ein Stück näher“, <http://kas.de/wf/de/71.6533> [15.12.2010].

friedlicher Wahlen, auch weil die Wählerlisten aus dem Jahr 2002 viele Menschen von der Teilnahme an den Wahlen ausgeschlossen hatten und daher sehr umstritten waren. Da jedoch viele Ivorer keine Abstammungsunterlagen besitzen, war die Klärung der Identität vieler Personen keine technische Frage, sondern eine politische. Über 40.000 Eintragungen in das Wählerverzeichnis wurden zurückgewiesen.

Zum anderen waren die Entwaffnung der ehemaligen Rebellentruppen im Norden des Landes und ihre Eingliederung in die Armee, die sich als langwierig und schwierig erwies, wichtige Faktoren. Komplikationen bei der Wählerregistrierung oder bei der Entwaffnung der Rebellen waren die häufigsten Gründe für die achtmalige Verschiebung des Wahltermins.

Diese Gründe erklären, warum der Vorbereitungsprozess entscheidend für den friedlichen Verlauf der Wahlen war. Allerdings schien es lange Zeit so, als ob die politische Klasse, allen voran Präsident Gbagbo, kein wirkliches Interesse an der Abhaltung von Wahlen gehabt hätte und diese letztendlich nur auf den Druck von außen durchgeführt worden sind. Seit 2007 stand Gbagbo einer Regierung der Nationalen Einheit vor. Er hat es durch die ständige Verschiebung der Wahlen nicht nur geschafft, zehn Jahre an der Macht zu bleiben, sondern auch, seine Partei auf dem Land zu etablieren, nachdem sie anfänglich nur in den urbanen Gebieten stark war. Auch die anderen an der Regierung beteiligten Kräfte haben von dem Zugang zu Macht und Ressourcen profitiert. Daher wirkten die politischen Erklärungen und Begründungen für die Wahlverschiebungen oft halbherzig. Denn eine der beiden Seiten würde nach den Wahlen nicht mehr an den Pfründen teilhaben.

**Gbagbo hat es durch das Verschieben der Wahlen nicht nur geschafft, zehn Jahre an der Macht zu bleiben, sondern auch, seine Partei auf dem Land zu etablieren.**

Als klar wurde, dass die Abhaltung von Wahlen nicht aufzuhalten sein würde und Präsident Gbagbo lediglich auf Zeit spielen konnte, löste er im Februar 2010 seine Regierung und die Unabhängige Wahlkommission CEI auf, deren Neubesetzung die Wahl erneut um einige Wochen verzögerte. Die Einflussmöglichkeiten bei der CEI waren für Gbagbo jedoch seit Beginn klein, da dieses Organ, nicht

zuletzt durch die Zusammenarbeit mit der UN und anderen internationalen Organisationen, neutral und unabhängig geblieben war. Zudem ist vorgeschrieben, dass alle Parteien Personal in die CEI entsenden. Daher war auch nicht die Auflösung und Neubesetzung der CEI der strategische Coup von Gbagbo, der ihm seinen Machterhalt sichern sollte, sondern die bereits geschilderte Benennung seines Parteifreundes Yao N'Dré an die Spitze des Verfassungsrates.

### **DIE ERSTE RUNDE DER PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN: DAS WUNDER DER CÔTE D'IVOIRE**

Vor dem Hintergrund der jüngeren Geschichte der Côte d'Ivoire kann sowohl die Vorwahlzeit, der Wahlverlauf selbst am 31. Oktober 2010 als auch die unmittelbare Zeit nach der ersten Wahlrunde als das „Wunder der Côte d'Ivoire“

bezeichnet werden.<sup>25</sup> Der Wahlkampf verlief weitestgehend friedlich, sieht man einmal von der Zerstörung von Wahlplakaten oder ein paar unglücklichen Slogans der Kandidaten Gbagbo über Ouattara („Alassane ist ein Lügner!“) und Bédié über Ouattara

**Gbagbo machte sich bei seinem Wahlkampf nicht nur die staatlichen Radio- und TV-Sender zunutze, sondern ließ auch mit staatseigenen Busunternehmen Anhänger zu seinen Wahlveranstaltungen transportieren.**

(„Derjenige, der plötzlich reich geworden ist!“) ab. Gbagbo machte sich bei seinem Wahlkampf nicht nur die staatlichen Radio- und TV-Sender zunutze, sondern ließ auch mit staatseigenen Busunternehmen Anhänger zu seinen Wahlveranstaltungen transportieren. Der Wahlkampf ging in Abidjan mit beeindruckenden Großkundgebungen der Kandidaten Gbagbo und Ouattara zu Ende. Hinsichtlich des Inhalts der Kampagnen kann festgestellt werden, dass Alassane Ouattara bei weitem alle anderen Kandidaten in Bezug auf Inhalte und thematische Vielfalt, Gestaltung, Organisation und den Einsatz von audiovisuellen Kommunikationsmitteln ausgestochen hat. Hingegen schien der 76-jährige Bédié müde. Seinen Beratern, die ihn antreiben wollten, entgegnete er „On n'a pas fait campagne!“<sup>26</sup> und legte mit dem Argument nach: „Die Bilanz meiner Zeit 1993

25 | Vgl. dazu und auch zur Vertiefung des Folgenden: Klaus D. Loetzer, „Côte d'Ivoire: Seit fünf Jahren überfällige Präsidentschaftswahlen verlaufen friedlich“, *KAS-Länderbericht*, 05.11.2010, <http://kas.de/westafrika/de/publications/21041> [10.12.2010]; vgl. ebenso eine detaillierte Online-Chronologie unter <http://kas.de/westafrika/de/pages/9708> [10.12.2010].

26 | „Man führt keinen Wahlkampf!“

bis 1999 ist viel besser als die von Gbagbo seit 2000.<sup>27</sup> An einer TV-Präsentation aller vierzehn Kandidaten nahm er als einziger Bewerber nicht teil, ebenso verzichtete er auf T-Shirts, die unerlässliche Ingredienz afrikanischer Wahlkämpfe. Auch ließ er nur kleine Wahlplakate aufhängen, während die Konterfeis und Parolen der anderen Kandidaten das Straßenbild dominierten.

Vom Wahltag selbst wurden keine größeren Zwischenfälle gemeldet. Die internationalen Wahlbeobachtermissionen, allen voran die EU-Mission, die bereits seit vier Wochen im Lande war, bestätigten der Wahl einen demokratischen Verlauf, also Transparenz und Fairness.

Insgesamt waren vierzehn Präsidentschaftskandidaten zur ersten Runde angetreten, darunter eine Frau.<sup>28</sup> Neben den politischen Schwergewichten Gbagbo, Bédié und Ouattara hatten die restlichen elf Bewerber von Anfang an keine wirkliche Chance. Sie bekamen dann auch alle anderen Kandidaten zusammen nur etwa vier Prozent der abgegebenen Stimmen, ebensoviel wie der Prozentanteil der ungültigen Stimmen, der mit 4,66 Prozent als sehr hoch einzustufen ist. Als Gründe dafür werden nicht ausreichende Wahltrainingsprogramme für die Bevölkerung angeführt. Dem ist entgegenzuhalten, dass die UN und andere internationale Akteure unter Einbeziehung der ivoirischen Zivilgesellschaft in den Monaten vor der Wahl ein umfangreiches Wählertraining durchgeführt hatten. Auch reduzierte sich der Anteil der ungültigen Stimmen in der Stichwahl um die Hälfte auf 2,11 Prozent.

**Neben den politischen Schwergewichten Gbagbo, Bédié und Ouattara hatten die restlichen elf Bewerber von Anfang an keine wirkliche Chance.**

Die auffällig hohe Wahlbeteiligung von 83,7 Prozent kann als sensationell bezeichnet werden. Unter anderem wird die erzwungene lange Wahlabstinenz als Grund herangezogen. Beispielsweise hatte ein heute 29-Jähriger bisher keine Chance, an einer Wahl teilzunehmen. Da die Bevölkerung in der Côte d'Ivoire extrem jung ist, gab es bei den Wahlen sehr viele Erstwähler. Gleichermaßen zeigt sich darin aber auch die große Hoffnung der Menschen, vor allen der jüngeren, mit den Wahlen die Teilung des Landes

27 | *Jeune Afrique*, 13. bis 17.11.2010, 26.

28 | Eine Übersicht findet sich unter <http://kas.de/wf/de/71.6539> [10.12.2010].



zu überwinden und damit einer besseren wirtschaftlichen Zukunft entgegen sehen zu können. Wege und Strategien zur Überwindung der Jugendarbeitslosigkeit waren daher neben der erwarteten Friedensdividende die wichtigsten Wahlkampfthemen der Kandidaten.

Da in der ersten Runde keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreichte, waren die Ivorer aufgerufen, innerhalb von vier Wochen ein zweites Mal an die Wahlurnen zu gehen, nachdem ihnen dieses demokratische Grundrecht in den letzten fünf Jahren acht Mal verwehrt worden war. Die Gründe für den Aufschub der Wahlen lagen zum einen in dem sensiblen und langwierigen Prozess der Wähleridentifizierung und zum anderen in dem mangelnden

Fortschritt bei der Entmilitarisierung der Ex-Milizen und Soldaten der Forces Nouvelles.

**Präsident Gbagbo wurde als Hauptverantwortlicher für die Wahlverschiebungen kritisiert. Der Vorwurf war, dass er durch die Herausögerung seine Wiederwahl sichern wollte.**

In letzter Zeit wurde jedoch vermehrt die Schuld an den geplatzen Wahlterminen auf die politische Klasse geschoben. Denn seit dem Abkommen von Ouagadougou 2007

waren alle politisch wichtigen Akteure in der Regierung von Premierminister Soro vertreten, einschließlich der Ex-Rebellen. Wahlen führen bei einer Allparteienregierung zwangsläufig dazu, dass mindestens eine Seite ihrer politischen Pfründe verliert. Unabhängig davon wurde aber Präsident Gbagbo als Hauptverantwortlicher für die Wahlverschiebungen kritisiert. Der Vorwurf lautete, dass er durch die Herausögerung der Wahlen seine Wiederwahl sichern wollte.

### **OPPOSITION KANN SICH NICHT AUF EINEN KANDIDATEN EINIGEN**

Als Drittplatzierter avancierte Henri Konan Bédié von der PDCI bei der Stichwahl zum Königsmacher.<sup>29</sup> Es hing weitestgehend von seiner Wahlempfehlung ab, für wen seine Anhänger im zweiten Wahlgang stimmten. Das war aber faktisch vorgegeben, da sich PDCI und RDR

29 | Die PDCI hatte noch vor Verkündung des vorläufigen Wahlergebnisses durch die CEI in ihren Hochburgen eine Neuauszählung der Stimmen wegen Unregelmäßigkeiten verlangt. Da sie diese Beschwerde nicht nach der offiziellen Bekanntmachung der Ergebnisse noch einmal förmlich beim Verfassungsrat CC eingereicht habe, so die Begründung des CC, wurde der Einspruch aus formalen Gründen nicht berücksichtigt.

gemeinsam mit zwei weiteren kleineren Parteien im Jahr 2007 zum Parteienverbund RHDP zusammengeschlossen hatten. Trotzdem hatte es das Bündnis nicht geschafft, sich auf einen Spitzenkandidaten zu einigen. Es schickte nicht nur Bédié und Ouattara ins Rennen, sondern auch Albert T. Mabri von der RHDP-Bündnispartei UDPCI<sup>30</sup>.

Der 48-Jährige landete aber mit 2,57 Prozent abgeschlagen auf dem vierten Platz. Vor diesem Hintergrund hatten Bédié und Ouattara Anfang Oktober 2010 in Yamousoukro am Grabe Houphouët Boignys einen zusätzlichen Wahlpakt geschlossen, wonach

**Bédié und Ouattara hatten Anfang Oktober 2010 einen Wahlpakt geschlossen, wonach der Besserplatzierte in einem zweiten Wahlgang von den Stimmen des schlechter Platzierten profitieren sollte.**

der Besserplatzierte von den beiden in einem zweiten Wahlgang von den Stimmen des schlechter Platzierten profitieren sollte. Nach Kenntnis des Wahlergebnisses der Stichwahl kann man davon ausgehen, dass ein Großteil der Wahlempfehlung Bédiés gefolgt ist. Die etwas geringere Wahlbeteiligung von ca. 81,13 gegenüber 83,7 Prozent in der ersten Runde deutet allerdings darauf hin, dass es gerade PDCI-Anhänger waren, die sich in der zweiten Runde der Wahl enthalten haben. Und zwar diejenigen, die die Wahl Ouattaras nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren konnten, denn Bédié und Ouattara waren nach dem Tod Félix Houphouët Boignys erbitterte Feinde bei der Frage der Präsidentschaftsnachfolge. In diesem Zusammenhang hatte Bédié das Konzept der *Ivoirité* erdacht, dessen Eigendynamik sich zum eigentlichen Grund des Bürgerkriegs entwickelte.

Von den insgesamt 19 Regionen der Côte d'Ivoire hat Ouattara die fünf nördlichen, Gbagbo die elf zentralen und Bédié lediglich zwei auf dem Zentralplateau und eine im Südwesten gewonnen.<sup>31</sup> Ein Drittel der Wähler lebt in der Metropole Abidjan (ca. 3,6 Millionen Einwohner in 2008), die in zehn Kommunen (Quartiers) aufgeteilt ist. Davon hat Gbagbo sieben und Ouattara immerhin drei (Treichville, Adjamé und Abobo) erobern können. Der große Verlierer war auch hier Bédié, der keine Kommune in Abidjan gewinnen konnte und vor allem Stimmen an Gbagbo verloren hat.<sup>32</sup> Hier zeigt sich auch, dass die Behauptung

30 | Union pour la Démocratie et la Paix en Côte d'Ivoire.

31 | Vgl. Kartendarstellung bei RFI unter: <http://rfi.my/hqLxw> [10.12.2010].

32 | Vgl. *Jeune Afrique*, 13. bis 17.11.2010, 24.

des Gbagbo-Lagers, Ouattara könne nur Stimmen im Norden gewinnen, nicht stimmt. Allerdings muss hinzugefügt werden, dass die Mehrzahl der Bewohner in den drei von ihm gewonnen Kommunen, insbesondere in Treichville, aus dem Norden zugezogen ist. Da beide Lager eine große Anhängerschaft in Abidjan haben, ist die Stadt auch zum Brennpunkt für Konfrontationen zwischen den beiden verfeindeten Lagern geworden. Die Gbagbo loyalen Sicherheitskräfte sind vornehmlich in den drei genannten Kommunen präsent.

### **GEGENWÄRTIGE LAGE UND AUSSICHTEN**

Für die weitere Entwicklung der Machtfrage wird die Haltung der ivoirischen Verteidigungs- und Sicherheitsorgane (FDS) von entscheidender Bedeutung sein, vor allem der Armee und der Garde Républicaine. Gbagbo hat nach einem Putschversuch in 2002, ausgelöst durch meuternde Armeemitglieder, die Sicherheitskräfte mit Hilfe Angolas neu aufgebaut und mit seinen Leuten besetzt, nachdem die Armee vorher stark von Offizieren, vor allem Unteroffizieren, aus dem Norden geprägt war. 2004 hat er seinen Vertrauten General Philippe Mangou zum Generalstabschef ernannt und damit einen zentralen Posten mit einem seiner Leute besetzt. Gbagbo hat seine Offiziere eingeschworen: „Wenn ich falle, fallen Sie mit!“ Dennoch kann man davon ausgehen, und entsprechende Gerüchte kursieren bereits, dass die Armee, ebenso wie die Politik, nicht monolithisch zu Gbagbo steht.

**Gbagbo könnte es auf eine dauerhafte Teilung des Landes ankommen lassen. Sämtliche relevanten Industrien sowie die Öl- und Gasvorkommen liegen im Süden.**

Die regulären Streitkräfte kontrollieren indes nur den Süden des Landes, der Norden wird nach wie vor vom militärischen Arm der Ex-Rebellen Forces Nouvelles, Forces Armées

des Forces Nouvelles (FAFN), beherrscht. Gbagbo könnte es aber auch auf eine dauerhafte Teilung des Landes ankommen lassen. Sämtliche wirtschaftlich relevanten Industrien, die Güter, Arbeitsplätze und Steuern generieren, liegen im Süden: landwirtschaftliche Produkte wie Naturkautschuk, Palmöl, Kakao, Kaffee und Holz, außerdem die Häfen, Industriebetriebe sowie wichtige Unternehmen aus dem Handels- und Dienstleistungssektor. Auch Öl- und Gasvorkommen, die zukünftig gefördert werden könnten, liegen vor der Küste. Im Norden finden sich lediglich etwas

Gold, Diamanten und landwirtschaftliche Produkte wie Ananas, aber keine devisa-relevanten Rohstoffe wie Holz, Kakao oder Kaffee.

Eine dauerhafte politische Lösung kann nur landesintern herbeigeführt werden. Afrikanische Unterstützung könnte dabei hilfreich, wenn nicht gar unerlässlich sein. Es geht also darum, dass zur Umsetzung der ausländischen, insbesondere der westlichen „Forderungen nach Guter Regierungsführung, Demokratie und Rechtsstaat ein internationaler Mechanismus unter afrikanischer Führung“ gefunden wird, der diesen Forderungen „den notwendigen Nachdruck verleihen kann“.<sup>33</sup> Dieses könnte die Form einer militärischen Intervention der AU haben, die aber nicht notwendigerweise fremde Soldaten auf ivoirischem Territorium bedeuten müsste. Denkbar ist beispielsweise die Beeinflussung durch Militärkameraden der benachbarten Länder.<sup>34</sup>

**Eine Lösung könnte die Form einer militärischen Intervention der Afrikanischen Union haben. Das müsste nicht notwendigerweise fremde Soldaten auf ivoirischem Territorium bedeuten.**

Fremde Truppen wie UN-Blauhelme und ihr französisches Unterstützungskontingent müssen ihre Unparteilichkeit bewahren, sonst werden sie schnell als Besatzungstruppen angesehen, mit den sich daraus ergebenden Sicherheitsproblemen für ihre Soldaten und Mitarbeiter.

#### **VIER MÖGLICHE SZENARIEN**

Abschließend sollen kurz vier Szenarien erörtert werden, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt diskutiert werden.<sup>35</sup> Die beiden ersten Szenarien erfordern jeweils nur das Handeln eines der beiden Protagonisten, bei den Szenarien drei und vier müssten sich hingegen beide zusammenraufen. Angesichts der bisherigen Entwicklung ist das kaum denkbar.

33 | Simon Tisdall: „Ivory Coast crisis exposes hollowness of west's fine words“, *guardian.co.uk*, 19.12.2010, in: <http://guardian.co.uk/world/2010/dec/19/ivory-coast-united-nations-france> [21.12.2010].

34 | Hierzu bietet das von Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika der Konrad-Adenauer-Stiftung geschaffene Netzwerk der Generalstaboffiziere westafrikanischer frankophoner Staaten eine gute Grundlage.

35 | Vgl. „Pour mettre fin au bras de fer autour du fauteuil présidentiel: Voici les 4 schémas qui s'imposent à Gbagbo et Ouattara“, in: *Abidjan.net* (L'Inter), <http://news.abidjan.net/h/384222.html> [22.12.2010].

### 1. Gbagbo verzichtet auf die Macht

Das erste Szenario beinhaltet, dass Gbagbo den Wahlsieg Ouattaras nachträglich anerkennt und dem internationalen Druck nachgibt. Grundlage wäre die Anerkennung des Wahlergebnisses der Unabhängigen Wahlkommission CEI. Der Vorteil wäre, dass dieser unerwartete Abgang die Côte d'Ivoire aus der politisch-diplomatischen Isolierung befreien würde, in die das Land seit dem 2. Dezember gestürzt wurde. In diesem Zusammenhang ist besonders an Verfahren und Maßnahmen zu denken, die von internationalen Organisationen und Institutionen abhängen. Beispielsweise die von der Weltbank abhängige Budgethilfe für 2011, einschließlich des Erreichens des berühmten *Completion Points* für die HIPC-Initiative. Der sollte Ende März 2011 erlangt sein. Hält der gegenwärtige Zustand an, stehen diese wichtigen internationalen Unterstützungsmaßnahmen auf der Kippe.

### 2. Ouattara verzichtet auf die Macht

Beim zweiten Szenario wäre Ouattara der Handelnde und verzichtet auf die durch den Souverän, die Wähler, verliehene Macht. Vor dem Hintergrund seines Wahlsiegs liefe das auf eine Art „Denial-of-Power“-Aktion hinaus. Die internationale Staatengemeinschaft stünde ziemlich düpiert da, müsste nämlich zwangsläufig einen nicht vorhandenen Wahlsieg Gbagbos anerkennen, mit den Folgemaßnahmen der Aufhebung der Isolierung und Sanktionen. Der Schaden für die Bedeutung und Sinnhaftigkeit demokratischer Verfahren wie Wahlen wäre immens.

### 3. Eine Regelung wie in Simbabwe

**Die „Regelung von Simbabwe“ bedeutet eine Teilung der Macht zwischen den beiden, indem der eine das Präsidentenamt und der andere das Amt des Premierministers innehat.**

Das dritte Szenario setzt voraus, dass sich beide Männer die Hände reichen. Die Anwendung der „Regelung von Simbabwe“ besagt, dass eine Teilung der Macht zwischen den beiden erfolgt, indem der eine das Präsidentenamt und der andere das Amt des Premierministers innehat. Dieses *Powersharing* funktioniert aber schon in Simbabwe nicht und hat den strukturellen Nachteil, dass der Präsident laut Verfassung mehr Befugnisse hat als

ein Premierminister. In Simbabwe wurden zwar durch das „Global Power Agreement“ (GPA) einige Verfassungsbestimmungen außer Kraft gesetzt, aber Mugabe setzt sich darüber einfach hinweg. Es kommt dann zu unergiebigem Auslegungsstreitigkeiten. Entscheidend sind aber die Zuständigkeiten für die Ordnungs- und Sicherheitskräfte. Sie liegen in der Regel beim Präsidenten. Schon das Ego der beiden ivoirischen Protagonisten würde das Funktionieren dieses Szenarios unmöglich machen.

#### 4. Die kongolesische Regelung

Das vierte Szenario sieht vor, dass eine Art Machtteilung auf der Grundlage Präsident/Vizepräsident erfolgt. Es liegt auf der Hand, dass schon die Frage, wer das Präsidentenamt einnehmen darf, und wer „nur“ Vizepräsident sein darf, ein derartiges Szenario von vornherein zum Scheitern verurteilt. Hinzu kommt, dass die ivoirische Verfassung vom 1. August 2000 geändert werden müsste. Wie das Beispiel Simbabwe zeigt, funktionieren Absprachen hierzu, auch schriftlicher Art, nicht. Ganz abgesehen davon, dass für Verfassungsänderungen ein Referendum notwendig wäre.

Gegenwärtig ist völlig unklar, wie sich die Situation in der Côte d'Ivoire entwickeln wird, allerdings schwinden mit der Zeit auch die Möglichkeiten auf einen Ausweg, bei dem keiner der beiden Protagonisten sein Ansehen verliert – ein Faktor, der im westafrikanischen Kontext von sehr großer Wichtigkeit ist. Die Chance, eine friedliche und diplomatische Lösung herbeizuführen, sinkt somit von Tag zu Tag. Würde die Côte d'Ivoire erneut in einen Bürgerkrieg stürzen, so wäre nicht nur die seit 2002 mühsam erarbeitete politische Konsolidierung auf Jahre, vielleicht Jahrzehnte zurückgeworfen. Dies hätte auch verheerende Folgen für die benachbarten Länder. Zum einen würde die Côte d'Ivoire nicht, wie von vielen erhofft, zurück zu ihrem Platz als wirtschaftliche Lokomotive für die Region finden. Viele Flüchtlinge würden in ihre Heimatländer in der Sahelzone zurückkehren. Aber auch in vielen anderen afrikanischen Ländern, in denen die politische Konsolidation gerade erst begonnen hat, könnten sich unrechtmäßige Regierungen und Präsidenten auf ein

**Die Chance für eine friedliche Lösung sinkt. Ein erneuter Bürgerkrieg hätte auch verheerende Folgen für die Nachbarländer.**

weiteres Beispiel berufen, in dem demokratische Prozesse zu undemokratischen Regierungen geführt haben. Dann gäbe es nur noch wenige demokratische Leuchttürme in Westafrika.